V-27-001

Ausbau überregionaler Radwege aus Bundesmitteln finanzieren

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in: Swantje Henrike Michaelsen (Hannover RV)

Änderungsantrag zu V-27

Von Zeile 1 bis 5:
Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der ~~Ausbau überregionaler Radwege aus Bundesmitteln finanziert wird und nicht mehr nur an Förderprogramme gekoppelt ist. Die Bundesregierung hat dafür zu sorgen, dass die Kommunen bei der Aufgabe des Ausbaus dieser Radwege soweit unterstützt werden~~Bund in den nächsten Jahren ausreichend finanzielle Mittel für den Radverkehr vorsieht. Laut Nationalem Radverkehrsplan sind 30 Euro pro Person pro Jahr erforderlich, davon muss der Bund mindestens ein Drittel übernehmen. Perspektivisch streben wir eine Radverkehrsmilliarde an. Dafür müssen in den Jahren ab 2023 der Topf für Radwege an Bundesfernstraßen aufgestockt und insbesondere ausreichend Mittel für das Programm Stadt&Land bereit gestellt werden.
Radwege an Bundesfernstraßen müssen ebenso wie die Radinfrastruktur in den Kommunen schnell ausgebaut werden können. Die Kommunen brauchen eine Finanzierungs-Perspektive, damit sie die Planung von Radverkehrsprojekten aufnehmen oder fortsetzen können. Bund und Länder müssen die Kommunen bei der Aufgabe des Ausbaus überregionaler Radwege soweit unterstützen, dass für sie dadurch kein überproportionaler Mehraufwand entsteht.

Begründung

Immer mehr Menschen nutzen das Fahrrad schon jetzt im Alltag. Umfragen wie der Fahrradmonitor zeigen zudem, dass viele weitere Menschen Rad fahren würden, wenn die Wege fürs Rad sicher wären.
Alle Erfahrungen zeigen: Wo hochwertige Radverkehrsinfrastruktur entsteht und RadfahrerInnen sicher unterwegs sind, nimmt der Anteil des Radverkehrs zu und nehmen Verkehrsbelastungen spürbar ab. Um die Ziele des Nationalen Radverkehrsplans zu erreichen, ist es daher nötig, den Ausbau der Radwegenetze in der Stadt und auf dem Land voranzubringen und auskömmlich zu finanzieren.
Bei Neu-, Um- oder Ausbau von Bundesfernstraßen muss schon jetzt ein Radweg mitgebaut werden, nur im Ausnahmefall kann darauf verzichtet werden. Viele Kommunen haben sich zudem in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, Radverkehrsprojekte voran zu bringen. Mit dem Förderprogramm Stadt&Land unterstützt der Bund den Bau von kommunaler Radinfrastruktur einfach und effizient. Das Programm wird fast überall sehr gut genutzt und die Mittel sind für 2022 bereits größtenteils bewilligt.
Die Ampel sieht im Koalitionsvertrag vor, den Radverkehr auch in den folgenden Jahren zu fördern und zu finanzieren. Im Entwurf des Klimaschutzsofortprogramms wird der Radverkehr zu Recht als wichtiges Mittel für mehr Klimaschutz im Verkehr benannt. Die Haushaltsplanungen zeigen jedoch: es fehlt an der angemessenen Finanzierung, die Mittel für Stadt&Land wurden nicht aufgestockt, sondern gekürzt. Das ist das falsche Signal! Die vielen Kommunen, die sich auf den Weg gemacht haben, brauchen eine finanzielle Perspektive. Viele weitere Kommunen müssen mit der Aussicht auf finanzielle Unterstützung ermutigt werden, ebenfalls in die Radverkehrsförderung einzusteigen. Für

eine Verkehrswende muss der Bund sich daher mehr als bisher geplant am Ausbau der Radwege beteiligen.

weitere Antragsteller*innen

Carolin Astrid Renner (KV Görlitz); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Lena Großholz (KV Heidekreis); Claudia Görtzen (Hannover RV); Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow); Anja-Christina Carstensen (KV Görlitz); Julia Stock (Hannover RV); Anna Deparnay-Grunenberg (KV Stuttgart); Simone Meyer (Hannover RV); Felix Friedrich (KV Görlitz); Svenja Appuhn (Hannover RV); Katharina Jacobi (KV Göttingen); Ulle Schauws (KV Krefeld); Nicole van der Made (Hannover RV); Helena Schnettler (KV Görlitz); Christian Fleer (Hannover RV); Karin Kayser (KV Görlitz); Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.